

25.10.2007

Kleine Anfrage 1967

des Abgeordneten Wolfgang Jörg SPD

Prekäre Beschäftigungsverhältnisse (sog. „Aufstocker“) in der Stadt Hagen

Im Zusammenhang mit der Diskussion um einen gesetzlichen Mindestlohn wurde deutlich, dass es eine wachsende Anzahl von Vollzeitbeschäftigten gibt, die von ihrem Lohn bzw. Gehalt ihren Lebensunterhalt nicht bestreiten können und daher ergänzend Arbeitslosengeld II erhalten (sog. „Aufstocker“). Derzeit beziehen deutschlandweit etwa 600.000 Vollzeitbeschäftigte ergänzend ALG II.

Dabei muss davon ausgegangen werden, dass die Dunkelziffer der Personen nicht unerheblich ist, die mit einem geringen Einkommen keine ergänzenden Leistungen beantragen in der Annahme, als Vollzeitbeschäftigte keinen Anspruch darauf zu haben.

Es deutet einiges darauf hin, dass es auch in der Stadt Hagen ein steigendes Armutspotenzial bei Personen mit Vollzeitbeschäftigung gibt. Ein Indiz hierfür ist die hohe Nachfrage auf das Angebot der "Tafeln", die in Arnsberg und Meschede zurzeit Lebensmittel an rd. 5.500 Bedürftige - mit steigender Tendenz - verteilen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir daher die Landesregierung:

1. Wie viele Bedarfsgemeinschaften und Einzelpersonen in der Stadt Hagen erhalten derzeit trotz Vollbeschäftigung ergänzendes ALG II? (bitte differenziert darstellen nach Gemeinde, Geschlecht, Alter und Nationalität).
2. In welcher Form und Zahl werden für diesen Personenkreis über ALG II hinaus weitere ergänzende Sozialtransfers gewährt?
3. Wie hoch sind dabei die kommunalen und sonstigen öffentlichen finanziellen Ergänzungsleistungen für die Stadt Hagen?
4. Wie hat sich die Situation in den vergangenen 5 Jahren in der Stadt Hagen dargestellt?

Datum des Originals: 23.10.2007/Ausgegeben: 29.10.2007

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

5. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um die "prekäre Situation" sowohl für die betroffenen vollzeitbeschäftigten ALG II-Empfänger/Innen als auch für die öffentlichen Haushalte zu verbessern?

Wolfgang Jörg